



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration  
am 31. August 2010  
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

---

<b><u>Vorsitz :</u></b>	<b>Stefan Spallek (CDU)</b>
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
<b>Beginn (öffentlicher Teil): 17:00 Uhr</b>	<b>Ende: 19:05 Uhr</b>

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten Nrn. 23/10, 24/10 (Drucksachenband 150)

Drucksachenlisten Nrn. 25/10, 26/10 (Drucksachenband 151)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### 0066      Tagesordnung

1. Punkt 8 der Tagesordnung wird als 2. Punkt beraten.
- 2.
3. Die Punkte 5, 9 und 18 werden wegen der Anwesenheit der Verwaltung nacheinander beraten.
- 4.
5. Ansonsten werden gegen die Tagesordnung keine Einwände erhoben.

Einstimmig

### 0067      Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 15.06.2010 wird genehmigt.

Einstimmig

### 0068      10-F-06-0046

"mattiaqua-Angebote für Juleica-Inhaber/innen"  
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 19.08.2010 -

Stv. Bohrer begründet den Antrag und berichtet, dass dieser Antrag auch im Ausschuss für Freizeit und Sport gestellt wurde.

Stadtrat Goßmann erklärt, dass er bereits in Freizeit und Sport und im Sozialausschuss dargelegt hat, dass man bereits seit längerer Zeit mit mattiaqua wegen eines Angebots im Gespräch sei. Im Moment sei man im Gespräch. Auch der Oberbürgermeister und der Stadtjugendring stehen dem Projekt positiv gegenüber. Man habe auch schon über die technische Abwicklung gesprochen. Wenn alle Details geklärt sind, werden die Betroffenen angesprochen und das werde noch in diesem Jahr geschehen.

Herr Syska berichtet, dass man ein Paket geschnürt habe aus Punkten, die mattiaqua anbietet. Man habe alle rechtlichen Details geklärt und auch kaufmännisch kein Problem, man sehe das vielmehr als Marketing-Maßnahme.

Es wird eine kostenlose Nutzung der meisten Einrichtungen geben, aber für manche Einrichtungen fallen Kosten an (z. B. Thermalbad).

Nach Mitteilung der Antrag stellenden Fraktion hat der Antrag durch die Berichte und Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. August 2010**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0069 10-F-02-0011**

Hochwassereinsatz in Görlitz  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 25.08.2010 -

Stv. Reitz dankt dem Magistrat und insbesondere der Berufsfeuerwehr für die Unterstützung der Partnerstadt Görlitz. Er geht davon aus, dass die zusätzlichen Aufwendungen dem Haushalt üpl zugesetzt werden sollten und bittet daher um Ermittlung der Kosten.

Stv. Schickel steht grundsätzlich hinter dem Antrag. Er schlägt vor, den Antrag als eingebracht zu betrachten und für die nächste Sitzung eine Kostenübersicht anzufordern.

Für die nächste Ausschusssitzung wird eine Kostenübersicht mittels Beschluss angefordert und auch Vertreter der Berufsfeuerwehr eingeladen.

Einstimmig

**0070 10-F-02-0010**

Sicherheit bei Großveranstaltungen  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 25.08.2010 -

Der Antrag ist durch die Vorfälle in Duisburg anlässlich der diesjährigen Love-Parade begründet (Vors. Spallek).

Herr Tischel berichtet, dass das Verfahren zur Durchführung von Großveranstaltungen in Wiesbaden eindeutig geregelt ist. Das Veranstaltungsbüro befindet sich als Zentrale Serviceleistung beim Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung. Dort laufen für alle Veranstaltungen von Klassenfest bis Maifestspiele alle Fäden zusammen. Das Amt für Öffentliche Sicherheit und Ordnung ist allerdings nicht für alles allein verantwortlich, sondern holt sich die Fachlichkeit von Berufsfeuerwehr, Hochbauamt, Umweltamt usw. ins Boot.

Bis zu den Vorfällen in Duisburg habe man das Gefühl gehabt, dass in Wiesbaden alles gut laufe. Es habe allerdings auch keine Veranstaltungen in der Größenordnung von Duisburg hier gegeben. Man habe hier in Wiesbaden alle Veranstaltungen, die größer sind, gecheckt. Alle diese Veranstaltungen würden im Freien abgehalten und dort gäbe es weder Zäune noch andere Engpässe, so dass davon auszugehen sei, dass keine Gefahr bestehe.

Zwei Veranstaltungen habe man sich genauer angeschaut. Bei Folklore im Schlachthof gäbe es ein gutes Sicherheitskonzept und Veranstaltungen auf dem Bowling Green wären als unbedenklich eingestuft worden.

Bei einem Theatrum in der Vergangenheit sei es einmal zu einer kleinen Unstimmigkeit gekommen, weil vor einer Bühne etwas stark geschoben wurde, aber auch hier seien alle Probleme ausgeräumt worden.

Am 01.09.2010 ist eine Ämterrunde geplant, in der über die Problematik gesprochen werden soll.

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. August 2010**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Der Ausschuss bittet um Informationen zu dieser Ämterrunde bzw. um Übermittlung der Ergebnisse des Gesprächs in der nächsten Ausschusssitzung.

Die Angelegenheit kommt in der Sitzung des Ausschusses am 02.11.2010 erneut zum Aufruf.

Einstimmig

**0071            10-F-01-0080**

Muslimische Bestattungen  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.08.2010 -

Vors. Spallek signalisiert, dass er den Antrag mittrage.

Herr Bäder ist verantwortlich für den Bereich Friedhöfe und Grünflächen und berichtet, dass für muslimische Bestattungen ein Bereich vorgesehen ist, der nach Mekka ausgerichtet ist. Die Nachfrage sei allerdings sehr gering, weil die meisten Muslime in der Heimat beerdigt werden.

Stv. Gerich fragt nach, ob es vielleicht nicht hinreichend bekannt ist, dass es in Wiesbaden spezielle Bereiche für muslimische Bestattungen gäbe.

Herr Bäder stellt klar, dass die muslimischen Bestatter über diese Möglichkeit unterrichtet und auch die Wiesbadener Bestatter informiert seien. Es gibt auch ein syrisch-orthodoxes Grabfeld. Wenn der Bedarf sich wirklich erhöhen sollte, seien genug Kapazitäten vorhanden und man könne erweitern.

Frau Rudolph berichtet, dass das Integrationsdezernat einen Runden Tisch zu dem Thema plane. Man müsse z. B. klären, ob auf einen Sarg verzichtet werden könne, da nach der Lehre die Bestattung in einem Leichentuch vorgeschrieben sei.

Ein weiteres Thema sei die Bestattung von tot geborenen Säuglingen. In der HSK würden diese regelmäßig verbrannt, was allerdings nach dem muslimischen Glauben schwierig sei.

Der Ausschuss bittet darum, in der kommenden Sitzung von Frau Rudolph über das Gespräch unterrichtet zu werden.

Einstimmig

**0072            10-F-01-0081**

Ermessensgebrauch bei der Vergabe von Räumen in Bürgerhäusern  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.08.2010 -

Stv. Schickel berichtet, dass es nach dem Wechsel der Verwaltung der Bürgerhäuser von Dezernat VI zum Hauptamt Rückmeldungen gab, dass die Vergabe starrer und schematischer gehandhabt werde. Es habe Signale von Misstrauen gegeben.

Er geht davon aus, dass die Verwaltung sicher Ermessensspielräume habe und gerade bei Bewerbern, die schon seit Jahren bekannt seien, müsste es einen gewissen Vertrauensvorschuss geben. Vertrauen sei für das Gesamtklima besser. Man müsse von Fall zu Fall flexibel entscheiden.

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. August 2010**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Herr Thomasaum (Hauptamt) bringt in die Sitzung die Stellungnahme von Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller mit, zu der auch ein Antragsformular gehört.

Das Antragsverfahren sei nicht sehr bürokratisch. Es habe einen Präzedenzfall in der Vergangenheit gegeben, bei dem das Ermessen sehr eng ausgelegt worden sei. Man hatte dies aber im Nachhinein mit dem Antragsteller besprochen und sei davon ausgegangen, dass die Angelegenheit geklärt worden sei.

Stv. Schickel stellt klar, dass es nicht um den Einzelfall gehe, sondern dass das Verfahren anders geworden sei. Ermessensspielräume sollten genutzt werden. Der Antrag ist ein Appell, das Verfahren flexibler zu gestalten, nachzuschauen, wer etwas beantragt. Größere Nachfragen würden als Kontrolle wahrgenommen.

Herr Baum teilt mit, dass heute die Antragsteller verstärkt kontrolliert werden müssten, da auch bei einem privaten Veranstalter z. B. die NPD im Hintergrund tätig sein könnte. Er werde aber die Mitarbeiter in diesem Bereich verstärkt sensibilisieren.

Lt. der Antrag stellenden Fraktion hat der Antrag durch den Bericht und die Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

**0073            10-A-21-0002**

Konkrete Schritte hin zur Städtepartnerschaft mit Fatih  
- Antrag des Ausländerbeirates -

Herr Dogan berichtet, dass der Ausländerbeirat den Antrag gestellt habe, weil es bereits seit längerem Kontakte und Kooperationen mit Schulen aus Fatih gäbe und eine Partnerschaft begründet werden sollte. Was aber konkret geplant sei, wie der Stand der Dinge sei, sei nicht bekannt. Was sind die nächsten Schritte?

Vors. Spallek berichtet, dass der Ausschuss einen Arbeitskreis gegründet habe, der sich mit allen Anfragen von interessierten Städten beschäftigt. Der Arbeitskreis werde für die letzte Sitzung in diesem Jahr eine Empfehlung für den Ausschuss und die Stadtverordnetenversammlung erarbeiten.

Herr Baum wirft ein, dass man von Seiten des Hauptamtes im Moment eine Statusabfrage in Bezug auf Fatih bei den städtischen Ämtern angestoßen habe, über die in der nächsten Sitzung des Ausschusses berichtet werden könne.

Stv. Bohrer erklärt, dass er einer Partnerschaft mit Fatih positiv gegenüberstehe. Ein Mitglied der Linken Liste sei auch bei dem Austausch dabei gewesen. Er wolle Folgendes klären:  
Wie sieht die politische Situation in der Türkei aus? Könne z. B. sichergestellt werden, dass bei der Parteienlandschaft dort ein freier Besuch möglich ist? Menschenrechtsorganisationen würden im Moment mobilisieren.

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. August 2010**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Stv. Schickel berichtet, dass auch in der SPD lebhaft diskutiert würde, weil die Partnerschaft mit Fatih möglicherweise Probleme aufwerfe (eher konservativer Stadtteil). Man sei aber grundsätzlich Unterstützer der Partnerschaft.

Er möchte wissen, wer sich jetzt an die Spitze der Bewegung setze - der Verein, der noch nicht gegründet ist, wäre dafür gut geeignet.

Der Verein sollte jetzt gegründet werden, da damit klar gestellt sei, dass Interesse an der Partnerschaft auch aus der Bürgerschaft bestehe.

Stv. Müller weist darauf hin, dass die Vereinsgründung und die Begründung der Partnerschaft parallel laufen sollte.

Stv. Bohrer teilt er mit, dass die Menschenrechtsfrage nicht als Hürde aufgebaut werden sollte. Man sollte die Probleme aber diskutieren, wenn man diese sieht - genau deshalb strebe man die Partnerschaft an.

Auch Vors. Spallek schließt sich der Auffassung an, dass man die Partnerschaft unterstützen solle und dann eine Hürde nach der anderen nehmen könne.

Herr Dogan (gerichtet an Stv. Bohrer) stellt klar, dass man hier auf kommunaler Ebene und nicht auf Landesebene tätig sei.

Zur Vereinsgründung berichtet er, dass man abwarten wolle, wann die Städtepartnerschaft eingegangen werden soll. Wenn man jetzt einen Verein gründe und die Partnerschaft ließe noch lange auf sich warten, verlören die Beteiligten sicher das Interesse an der Arbeit im Partnerschaftsverein.

Vors. Spallek fasst noch einmal zusammen, dass zum Jahresende geplant ist, die schon angesprochene Empfehlung durch die Stadtverordnetenversammlung beschließen zu lassen. Er hält die Partnerschaft mit Fatih grundsätzlich für unstrittig. Offiziell müsse man aber die Entscheidungen abwarten.

Der Antrag ist durch die Aussprache in der heutigen Sitzung grundsätzlich erledigt.

Einstimmig

**0074 10-V-10-0008**

Ludwig-Beck-Preis für Zivilcourage, Änderung der Verleihungsrichtlinien Einrichtung eines Preises für Bürgermut

Vors. Spallek berichtet kurz, dass es anfänglich Irritationen zu Bezug auf die Neugestaltung gab, dann aber alle Punkte geklärt werden konnten.

Stv. Bohrer berichtet, dass er es nicht für sinnvoll hält, was Wiesbaden sich zumutet. Man sollte Bürgermut würdigen, aber er hält eine dotierte Preisverleihung nicht für sinnvoll.

gegen Linke Liste

**0075 10-F-01-0082**

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. August 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Männliche Jugendliche ohne Schulabschluss  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.08.2010 -

Stv. Schickel berichtet, dass es seiner Fraktion um junge Männer mit aussichtsloser Lebensperspektiven. Der Aspekt der Gleichberechtigung spiele hier auch eine Rolle - jeder sollte die gleichen Chancen haben. Die Zielgruppe müsse mehr Aufmerksamkeit bekommen. Man wolle sich zunächst einen Überblick verschaffen.

Stv. Bohrer unterstützt den Antrag grundsätzlich. Als Dezernat, das antworten könnte, kann er sich neben Dezernat VI auch Dezernat VIII vorstellen.  
Mit der Formulierung ist er allerdings nicht einverstanden, da man einen Stadtteil nicht so abstempeln sollte. Er findet außerdem, dass die Probleme etwas monokausal zugeordnet sind. Nicht nur Jugendliche ohne Schulabschluss seien betroffen. Der Schulabschluss habe auch nichts mit einem fehlenden Arbeitsplatz zu tun. Auch Jugendliche mit Realschul- oder Hochschulabschluss haben mitunter keinen Arbeitsplatz. Selbst bei Hartz IV-Beziehern gäbe es ja berufstätige Bürger, die aber trotzdem zu wenig Geld zur Verfügung haben. Die gesellschaftlichen Ursachen würden gar nicht nachgefragt. Er hält es nicht für sinnvoll, die Unterpunkte c, d und e zu beantworten. Es gibt sicher ganz unterschiedliche Ursachen, die aber sicher nicht erhoben wurden.  
Man sollte sich eher darauf konzentrieren, welche Angebote man für gesellschaftliche Gruppen machen könne.

Stv. Dumont du Voitel findet den Antrag ausgesprochen interessant, denn junge Männer seien unsere Sorgenkinder.  
Zu Unterpunkt a wäre ihr aber ein Vergleich zu weiblichen Jugendlichen wichtig. Inwieweit Zahlen erhoben wurden, wird sich dann klären.

Stv. Bohrer beantragt die getrennte Abstimmung der Punkte.

Der Ausschuss ergänzt den Antrag um den von Stv. Dumont du Voitel vorgeschlagenen Punkt.

getrennte Abstimmung:  
a + b einstimmig  
c, d + e gegen Linke Liste

**0076**      **10-F-05-0003**

Meinungsaustausch im Rahmen des Integrationsberichtes 2009  
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 23.08.2010 -

Stv. Dumont du Voitel begründet den Antrag und teilt mit, dass man mit dem beschriebenen Personenkreis sprechen möchten.

Vors. Spallek schlägt vor, einen Termin Anfang 2011 zu vereinbaren. Die Vorbereitungen und Absprachen werden zwischen der Geschäftsstelle und Vors. Spallek erfolgen.

Einstimmig

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. August 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0077 10-F-06-0005**

Virtuelles Rathaus - Politisches Informationssystem Wiesbaden (PIWi) - Suche auf  
www.wiesbaden.de  
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 27.01.2010 -

Lt. Stv. Bohrer haben sich die Ortsbeiräte beschwert, da sie noch nicht abgebildet sind. Außerdem ist PIWi einfach für die Bürger/innen kein vertrauter Begriff.

Vors. Spallek teilt mit, dass kleine Verbesserungen eingetreten sind, aber das Stadtparlament und die Ortsbeiräte immer noch nicht auf gleicher Ebene erscheinen. Die Stadtverordneten wüssten sicher mit dem Begriff PIWi umzugehen und wüssten auch, dass darunter die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse zu finden seien, nicht so aber die Bürger/innen.

Er bittet daher eindringlich darum, auf der Wiesbaden-Seite unterhalb des Oberbürgermeisters den Begriff Stadtverordnetenversammlung (unter denen sich dann auch die Ausschüsse finden lassen) und den Begriff Ortsbeiräte aufzuführen.

Frau Graf (Wiesbaden-Marketing) sichert dies zu und weist darauf hin, dass es früher so gewünscht war, dass der Begriff PIWi in der Übersicht auftaucht.

Einstimmig

**0094 10-A-21-0003**

PIWi auf der www.wiesbaden.de-Seite

Einstimmig

**0078 10-F-01-0057**

Naziaufmarsch am 08. Mai 2010  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2010 -

Als Termin für die Akteneinsicht hat der Revisionsausschuss den 28.08.2010 festgelegt, an dem auch die Mitglieder des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration teilnehmen sollen. Zusätzlich werden alle Fraktionen zu dem Termin eingeladen.

Einstimmig

**0079 09-F-01-0100**

Gedenken an die von den Nationalsozialisten verfolgten Sinti und Roma in Wiesbaden

**Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. August 2010**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2009 -

Stv. Schickel bedankt sich beim Magistrat für den vorliegenden Bericht. Da die Sinti selber keinen Wert auf namentliches Gedenken legen, ist der Antrag für seine Fraktion erledigt.

Stv. Bohrer findet den Antrag gut, aber dass so rigoros darauf hingewiesen wird, dass die Sinti kein namentliches Gedenken möchten, könne er so nicht stehen lassen.  
Es habe eine Ausstellung 600 Jahre Sintis gegeben. Es habe sehr wohl Menschen gegeben, die froh sind, dass ihre Namen erwähnt werden.  
Eine Familie Lehmann z. B. (Musikerfamilie aus Kostheim) hat sich über die Ausstellung sehr gefreut. Die AKK-Vororte seien aber als ehemaliges Stadtgebiet von Mainz gar nicht erfasst. Nach seiner Auffassung sollte man diese Menschen durch Stolpersteine ehren.

Vors. Spallek beantragt, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären. Der Magistrat habe Kontakt mit dem Verband der Sinti aufgenommen. Dieser habe offiziell mitgeteilt, dass die hinterbliebenen Sinti keine Stolpersteine o.ä. erhalten möchten. Dies müsse man einfach akzeptieren.

Stv. Schickel gibt außerdem zu bedenken, dass es sogar ein Mahnmal für Sinti in Wiesbaden gibt. Es steht am Rande der Reisinger Anlage. Vielleicht könne man das Denkmal anders beschriften.

Stv. Bohrer stellt noch einmal klar, dass er sich dagegen gewandt hat, dass in Wiesbaden 350 Stolpersteine verlegt wurden, aber kein einziger für einen Sinti.

Der Antrag hat durch den schriftlichen Bericht und die ausführliche Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

**0080            09-V-33-0004**

Starke Stadt für Studis und Azubis

Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

**0081            10-F-06-0033**

Projektidee zur Integration  
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 09.06.2010 -

Stv. Bohrer hält den jetzt vorliegenden Brief von Stadträtin Zeimetz an Herrn Richter für unverschämt.

Herr Tischel sieht das ganz anders. Herr Richter habe sich vielmehr über das Integrationskonzept zu Äußerungen verstiegen, die keine Definition von ihm (H. Tischel) noch Frau Stadträtin Zeimetz seien, sondern weltweit so definiert werden.

**Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. August 2010**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Die Dezernentin müsse schon deutlich klarstellen, dass man bei Dingen, die den Lehrplan von Schulen betreffe, das staatliche Schulamt einschalten müsse.

Von einem Preisträger des Integrationspreises einen solchen Satz zu hören, habe ihn schwer getroffen.

Stv. Schickel teilt die Auffassung auch. Man habe Herrn Richter den Preis zuerkannt. Er habe sich jetzt sicher vergaloppiert. Der Schriftwechsel habe ihn dazu veranlasst, die damalige Definition in Frage zu stellen. Die Zeiten gingen weiter, es gäbe mittlerweile die 3. Generation von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Aufnahmegesellschaft wird sicher nicht mehr tragfähig sein, man muss dies irgendwann an der Realität messen. Vielleicht kann man dem Prozess, der ja einem Wandel unterliegt, einen neuen Impuls geben.

Stv. Bohrer geht davon aus, dass die Stadtverordnetenversammlung legitimiert ist, Beschlüsse zu fassen, aber keine Begriffe zu definieren. Auch den Integrationsbegriff dürfe man in Frage stellen. Herr Richter habe den Preis bekommen, da er mit jugendlichen Straftätern gearbeitet habe.

Die Schulen könnten durchaus mit einbezogen werden, denn auch Stadträtin Scholz ginge in die Schulen und würde Suchtprävention betreiben. Er will, dass für das Projekt geworden wird.

Vors. Spallek schätzt Herrn Richter, aber die Definition so herunter zu brechen und zu karikieren, um das eigene Projekt voran zu treiben, hält er nicht für berechtigt. Seine Fraktion wird dem Antrag nicht zustimmen.

Stv. Müller teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag auch ablehne. „Aufnahmegesellschaft“ wird auch weiterhin als Begriff bleiben, die Gesellschaft selber wird sich aber in der Zusammensetzung verändern.

Der definierte Begriff, der gefunden wurde, ergibt sich aus der Realität. Er ist etwas unscharf, muss er aber auch sein, weil er sich bewegt und ändert.

Das Integrationskonzept ist ja so angelegt, dass man von Zeit zu Zeit Begriffe neu definiert. Das könne man ganz unaufgeregt betrachten.

Stv. Dumont du Voitel schätzt Herrn Richter, aber der Begriff Integration sei doch auch Grundlage für die Arbeit in diesem Ausschuss.

Stv. Schickel will klarstellen, dass der Begriff Aufnahmegesellschaft historisch überholt ist. In der ursprünglicher Vorstellung war keine Augenhöhe zu erkennen. Man müsse einen anderen Sinn-Hintergrund bekommen.

gegen Linke Liste

**0082            10-A-21-0001**

Wiesbadener Integrationsgespräche

Frau Rudolph berichtet, dass man das Jugendparlament in die Vorbereitung mit einbezogen habe. Es habe ein 1. Arbeitsgespräch gegeben und morgen würde weiter über die konkrete Ausgestaltung beraten.

**Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. August 2010**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Als Thema für das 1. Integrationsgespräch wird das Thema „Themenwelten, politisches Interesse und Engagement bei „bildungsfernen“ Jugendlichen im Alter von 14 - 19 Jahren“ festgelegt und Herr Dr. Calmbach, Direktor Sozialforschung der Sinus Sociovision GmbH eingeladen.

Einstimmig

**0083            Bericht der Dezernentin**

Dieser Punkt muss wegen Krankheit der Dezernentin ausfallen.

Einstimmig

**0084            09-F-01-0057**

Sachstand Städtepartnerschaften

Vors. Spallek gibt einen kurzen Bericht zu den Entscheidungen des Arbeitskreises.  
Der Arbeitskreis wird für die letzte Sitzung in diesem Jahr eine Empfehlung erarbeiten, die im Dezember auch von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden sollte.  
Inhaltlich wird darauf abgestellt werden, keine weiteren Partnerschaften mehr einzugehen und die bereits bestehen möglichst zu beleben.

Einstimmig

**0085            10-V-33-0005**

Integrationsbericht 2009

Einstimmig

**0086            08-F-01-0076**

Integrationsbericht / Integrationsleistung der Sportvereine  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.08.2008 -

Stv. Schickel bedankt sich für den Bericht, der sehr aufschlussreich ist.

Herr Tischel berichtet, dass man den Bereich noch verstärkt betrachten werde.

Stv. Müller weist auf die Zuschüsse für Sportvereine hin (25.000 €) und würde gern mehr über die Verteilung auf die einzelnen Vereine wissen.

Stv. Gerich berichtet, dass die Verteilung ein Problem sei, da nicht klar sei, nach welchem Schlüssel verteilt würde.

Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. August 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Auch Vors. Spallek hat seine Probleme mit dem Verteilungsschlüssel und fragt sich, ob da von Integration im Sinne des Ausschusses die Rede sein kann.

Evtl. am Jahresende wird es eine Sitzungsvorlage zu dieser Problematik geben, mit der sich der Ausschuss dann beschäftigen wird.

Stv. Coigné erklärt, dass über Sportpolitik mit dem Amt projektorientiert zu arbeiten sehr schwierig sei. Selbst im Spielerpass stünde keine Nationalität. Mit dem bisherigen Schlüssel funktioniere es einfach nicht. Sie regt eine gemeinsame Sitzung zu diesem Punkt mit dem Ausschuss für Freizeit und Sport an.

Stv. Gerich könnte sich denken, dass man eine völlig neue Struktur schaffen sollte.

Vors. Spallek könnte sich einen Sockelbeitrag ähnlich wie bei den Partnerschaftsvereinen vorstellen.

Einstimmig

**0087 08-F-01-0077**

Integrationsbericht / Integrationsvereinbarung (Kapitel 6.2)  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.08.2008 -

Zu diesem Punkt soll der Ausschuss regelmäßig unterrichtet werden.

Einstimmig

**0088 10-V-33-0002**

Einführung des neuen elektronischen Personalausweises (nPA)

Stv. Gerich weist darauf hin, dass das Konnexitätsprinzip beachtet werden sollte.

Herr Sand (Dezernat VII) teilt mit, dass die kommunalen Spitzenverbände in der Richtung schon tätig geworden sind. Die Gebühren wurden angehoben. Sie seien aber nicht kostendeckend.

gegen Linke Liste

**0089 10-V-30-0012**

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK II  
(Mainz-Kostheim)

Einstimmig

Seite 13 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. August 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0090 10-V-30-0013

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden III (Wiesbaden-Bierstadt)

Einstimmig

0091 10-V-30-0014

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden II (Wi.-Biebrich)

Einstimmig

0092 10-V-30-0015

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden-Biebrich

Einstimmig

0093 **Verschiedenes**

Der Ausschuss wird sich zu seiner nächsten Sitzung in der Omar-Ibn-al-Khattab-Moschee in der Henkellstraße in Wiesbaden-Biebrich treffen.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .10.2010

**Vorsitzender**

**Schriftführerin**

**Weitere Schriftführerin**

Spallek

Karipidou

Koba